

Allgemeine Mandatsbedingungen, Information und Datenschutzerklärung der HB E-Commerce Rechtsanwaltsgesellschaft mbH für "Google- Webfonts"-Abmahnungen

Teil I: Allgemeine Mandatsbedingungen

1. Grundlegende Bestimmungen

1.1. Die nachstehenden Mandatsbedingungen gelten für mandatsbezogene Verträge zwischen der HB E-Commerce Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Andreas Arlt, ArcusPark/Torgauer Str. 233 Haus B, 04347 Leipzig (nachfolgend als „Anbieterin“ bzw. „Rechtsanwält:innen“ bezeichnet) und dem:der Auftraggeber:in (nachfolgend als „Mandantschaft“ bezeichnet), gemeinschaftlich nachfolgend als Parteien bezeichnet.

1.2. Soweit nicht anders vereinbart, wird der Einbeziehung von eigenen Bedingungen der Mandantschaft widersprochen.

2. Vertragsgegenstand

Der jeweilige Vertragsgegenstand richtet sich nach dem vereinbarten Mandat.

3. Zustandekommen des Vertrages

3.1. Die Angebote der Anbieterin im Internet sind unverbindlich und kein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Vertrages.

3.2. Die Anfragen zur Erstellung eines Angebotes sind unverbindlich. Die Anbieterin unterbreitet hierzu ein verbindliches Angebot in Textform (z.B. per E-Mail), welches innerhalb von 5 Tagen (soweit im jeweiligen Angebot keine andere Frist ausgewiesen ist) von der Mandantschaft angenommen werden kann.

3.3. Die Abwicklung der Bestellung und Übermittlung aller im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss erforderlichen Informationen erfolgt per E-Mail zum Teil automatisiert. Die Mandantschaft hat deshalb sicherzustellen, dass die von ihr hinterlegte E-Mail-Adresse zutreffend ist, der Empfang der E-Mails technisch sichergestellt und insbesondere nicht durch SPAM-Filter verhindert wird.

4. Besondere Bestimmungen für das Mandatsverhältnis

4.1. Gebührenhinweise, Vergütung, Anrechnung, Rechnung

4.1.1. Für die anwaltliche Tätigkeit in dem im Angebot ausgewiesenen Umfang vereinbaren die Parteien ein Pauschalhonorar in der im jeweiligen Angebot ausgewiesenen Höhe zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer.

4.1.2. Soweit die Anbieterin im Einzelfall aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nach § 49b BRAO verpflichtet ist, die vereinbarte Pauschalvergütung angemessen zu erhöhen, wird sie die Mandantschaft hierüber umgehend informieren. Können sich die Parteien nicht auf eine angemessene Vergütung verständigen, so verpflichten sich beide Parteien zur Durchführung eines Vermittlungsverfahrens bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer Sachsen.

4.1.3. Eine Anrechnung der vorstehend vereinbarten Vergütung auf eventuelle spätere gesetzliche Gebühren einer nachfolgenden Angelegenheit wird ausgeschlossen.

4.1.4 Die Mandantschaft stimmt zu, dass die Auftragnehmerin – abweichend von § 10 Abs. 1 S. 1 RVG – die Rechnung gem. § 14 Abs. 1 S. 7 UStG elektronisch übermitteln darf. Auf Anforderung übermittelt die Auftragnehmerin der Mandantschaft eine Rechnung auf dem Postweg.

4.2. Sonstige Bestimmungen

4.2.1. Sofern nicht ausdrücklich vereinbart, besteht kein Anspruch auf die Bearbeitung durch eine:n bestimmte:n Rechtsanwält:in oder Mitarbeitende der Rechtsanwält:innen.

4.2.2. Die Rechtsberatung der Rechtsanwält:innen bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gegenstand des Mandatsvertrages ist nicht die steuerliche Beratung. Steuerliche Fragen und Auswirkungen hat die Mandantschaft durch fachkundige Dritte (Steuerberater:innen, Wirtschaftsprüfer:innen etc.) auf eigene Verantwortung prüfen zu lassen. Die Rechtsanwält:innen sind berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats Mitarbeitende, andere Rechtsanwält:innen und sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, verpflichten sich die Rechtsanwält:innen, zuvor die Zustimmung der Mandantschaft einzuholen. Die Rechtsanwält:innen sind zur Erteilung von Untervollmachten, insbesondere zur Erteilung von Terminsvollmachten, berechtigt.

4.2.3. Die Beratungsleistung wird ausschließlich gegenüber der Mandantschaft erbracht, soweit diese nicht durch schriftliche Vereinbarung ausdrücklich in den Schutzbereich des Mandats einbezogen werden.

5. Pflichten der Mandantschaft

5.1. Die Mandantschaft wird die Rechtsanwält:innen über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und ihnen sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln.

5.2. Jede Änderung der Adresse und/oder der Kontaktdaten der Mandantschaft sowie Abwesenheiten von einem Zeitraum von mehr als fünf Werktagen, bei denen die Mandantschaft nicht zu erreichen ist, ist den Rechtsanwält:innen unverzüglich mitzuteilen. Die Mandantschaft wird während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit den Rechtsanwält:innen mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten Kontakt aufnehmen.

5.3. Die Mandantschaft wird die ihr von den Rechtsanwält:innen übermittelten Schreiben und Schriftsätze der Rechtsanwält:innen sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

6. Verwendung von Fax und E-Mail

6.1. Soweit die Mandantschaft den Rechtsanwält:innen einen Faxanschluss oder eine E-Mail-Adresse mitteilt, erklärt sie sich damit bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung einverstanden, dass die Rechtsanwält:innen ihr ohne Einschränkungen über dieses Fax oder per E-Mail mandatsbezogene Informationen zusenden. Die Mandantschaft sichert zu, dass nur sie oder von ihr beauftragte Personen Zugriff auf das Faxgerät haben und dass sie Faxeingänge regelmäßig überprüft. Die Mandantschaft ist verpflichtet, die Rechtsanwält:innen darauf hinzuweisen, wenn Einschränkungen bestehen, etwa, dass das Faxgerät nur unregelmäßig auf Faxeingänge überprüft wird oder Faxeingänge nur nach vorheriger Ankündigung gewünscht werden.

6.2. Der Mandantschaft ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist. Soweit die Mandantschaft zum Einsatz von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren die technischen Voraussetzungen besitzt und deren Einsatz wünscht, teilt sie dies den Rechtsanwält:innen mit.

6.3. Die Parteien haben auch bei Nutzung von elektronischen Fernkommunikationsmitteln die Erreichbarkeit nur im Rahmen der gewöhnlichen Büroöffnungszeiten zu gewährleisten.

7. Zahlungspflicht der Mandantschaft, Abtretung, Kostenerstattung

Soweit nicht anders vereinbart, ist die Mandantschaft verpflichtet, auf Anforderung der Rechtsanwält:innen einen angemessenen Vorschuss oder die vollständige Vergütung der Rechtsanwält:innen zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen eine Rechtsschutzversicherung, die Gegenseite oder Dritte bestehen. Die Mandantschaft tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in Höhe der Honorarforderung der Rechtsanwält:innen hiermit an diese ab. Diese nehmen die Abtretung an. Die Rechtsanwält:innen sind berechtigt, die Abtretung dem Zahlungspflichtigen mitzuteilen und die Forderung im eigenen Namen einzuziehen.

8. Rechtsschutzversicherung

8.1. Sofern die Mandantschaft die Inanspruchnahme einer von ihr unterhaltenen Rechtsschutzversicherung wünscht und die Rechtsanwält:innen beauftragt, Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen, sind die Rechtsanwält:innen unwiderruflich von ihrer Verschwiegenheitsverpflichtung befreit.

8.2. Die Mandantschaft wird darauf hingewiesen, dass durch die Einholung der Kostendeckungszusage durch den:die Rechtsanwält:in eine Geschäftsgebühr nach VV 2300 RVG aus dem Gegenstandswert (Gegenstandswert sind die voraussichtlich zu erwartenden Kosten für die Angelegenheit, für die Kostendeckung angefragt wird) anfällt.

8.3. Das Bestehen einer Rechtsschutzversicherung führt zu keiner Änderung der Vertrags- und Leistungsbeziehung zwischen der Mandantschaft und den Rechtsanwält:innen; die Rechtsanwält:innen werden ihre Leistung ausschließlich für und gegenüber der Mandantschaft erbringen und in Rechnung stellen; die Mandantschaft wird umgekehrt die geschuldete Vergütung gegenüber den Rechtsanwält:innen begleichen. Bei den Rechtsanwält:innen eingehende Erstattungsleistungen werden die Rechtsanwält:innen umgehend an die Mandantschaft auskehren, soweit durch die Mandantschaft kein Zahlungsrückstand bei den Rechtsanwält:innen besteht.

8.4. Die Mandantschaft wird darauf hingewiesen, dass eine Versicherungsleistung im Hinblick auf die Vergütung der Rechtsanwält:innen in der Regel nur die gesetzlichen

Mindestgebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz abzüglich eines nach dem Versicherungsvertrag vereinbarten Selbstbehalts umfasst und die Versicherungsleistung i.d.R. nicht zu einer vollständigen Deckung des finanziellen Aufwands der anwaltlichen Beratung bzw. Vertretung der Mandantschaft führt.

8.5. Die Mandantschaft ist einverstanden, dass die Rechtsanwält:innen

gem. § 86 Versicherungsvertragsgesetz i. V. m. den Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen der Rechtsschutzversicherer regelmäßig Kostenerstattungen in dem Umfang unmittelbar an die Rechtsschutzversicherung auskehren, in dem die Rechtsschutzversicherung Leistungen gegenüber der Mandantschaft erbracht hat.

9. Verschwiegenheit

9.1. Die Rechtsanwält:innen sind zur Verschwiegenheit berechtigt und verpflichtet. Das Recht und die Pflicht zur Verschwiegenheit beziehen sich auf alles, was ihnen in Ausübung ihres Berufes bekannt geworden ist und bestehen nach Beendigung des Mandats fort.

9.2. Die Pflicht zur Verschwiegenheit gilt nicht, soweit die Berufsordnung oder andere Rechtsvorschriften Ausnahmen zulassen oder die Durchsetzung oder Abwehr von Ansprüchen aus dem Mandatsverhältnis oder die Verteidigung der Rechtsanwält:innen in eigener Sache die Offenbarung erfordern.

9.3. Die Rechtsanwält:innen haben ihre Mitarbeitenden und alle sonstigen Personen, die bei ihrer beruflichen Tätigkeit mitwirken, ausdrücklich zur Verschwiegenheit verpflichtet.

10. Verwahrung von Geldern

Fremdgelder und sonstige Vermögenswerte, insbesondere Wertpapiere und andere geldwerte Urkunden, werden vorbehaltlich Ziffer 6 unverzüglich an die berechtigte Person weitergeleitet. Solange dies nicht möglich ist, sind Fremdgelder auf Anderkonten zu verwalten.

11. Aktenaufbewahrung und Vernichtung

Die Mandantschaft wird darauf hingewiesen, dass Handakten der Rechtsanwält:innen, bis auf die Kostenakte und etwaige Titel, nach Ablauf von sechs Jahren nach Beendigung des Mandats (§ 50 Abs. 1 S. 2 BRAO) vernichtet werden, sofern die Mandantschaft diese Akten nicht in der Kanzlei der Rechtsanwält:innen vorher abholt. Im Übrigen gilt § 50 Abs. 2 S. 2 BRAO.

12. Kündigung

12.1. Soweit nichts anderes vereinbart ist, kann das Mandatsverhältnis von der Mandantschaft jederzeit gekündigt werden.

12.2. Die Rechtsanwält:innen können das Mandatsverhältnis jederzeit kündigen, wobei die Kündigung nicht zur Unzeit erfolgen darf. Dies gilt insbesondere, wenn sich die Mandantschaft in Verzug befindet und die Kündigung angedroht wurde. Die Rechtsanwält:innen sind jedoch zur Kündigung zur Unzeit berechtigt, sofern das für die

Bearbeitung des übertragenen Mandats notwendige Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört ist.

12.3. Die Rechtsanwält:innen sind nach Erklärung der Kündigung durch eine Vertragspartei noch berechtigt, nicht abgerechnete Leistungen unverzüglich abzurechnen.

12.4. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.

12.5. Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

13. Haftung

Die Haftung der Rechtsanwält:innen für Schäden aus und im Zusammenhang mit dem Mandat richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Sie haften dabei der Höhe nach unbegrenzt für Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Rechtsanwält:innen oder einer ihrer gesetzlichen Vertreter:innen oder Erfüllungsgehilf:in beruhen. Die Rechtsanwält:innen haften zudem der Höhe nach unbegrenzt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung der Rechtsanwält:innen oder einer ihrer gesetzlichen Vertret:innen oder Erfüllungsgehilf:in beruhen. Für sonstige Schäden wird die Haftung der Rechtsanwält:innen aus dem bestehenden Mandatsvertrag für einfache Fahrlässigkeit auf 10.000.000,00 € begrenzt. Die Rechtsanwält:innen unterhalten eine Berufshaftpflichtversicherung in entsprechender Höhe.

14. Erfüllungsort, Gerichtsstand

14.1. Es gilt deutsches Recht. Bei Verbraucher:innen gilt diese Rechtswahl nur, soweit hierdurch der durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Staates des gewöhnlichen Aufenthaltes des Verbrauchers gewährte Schutz nicht entzogen wird (Günstigkeitsprinzip). Die Bestimmungen des UN-Kaufrechts finden ausdrücklich keine Anwendung.

14.2. Erfüllungsort für alle Leistungen aus den mit der Anbieterin bestehenden Geschäftsbeziehungen sowie Gerichtsstand ist Sitz der Anbieterin, soweit die Mandantschaft nicht Verbraucher:in, sondern Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentliche-rechtliches Sondervermögen ist. Dasselbe gilt, wenn die Mandantschaft keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland oder der EU hat oder der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist. Die Befugnis, auch das Gericht an einem anderen gesetzlichen Gerichtsstand anzurufen, bleibt hiervon unberührt.

Teil II. Informationen

1. Identität der Anbieterin

HB E-Commerce Rechtsanwalts-gesellschaft mbH

Geschäftsführer: Andreas Arlt

Amtsgericht Leipzig: HRB 38732

ArcusPark/Torgauer Str. 233 Haus B, 04347 Leipzig

Tel.: 0341/ 92659 200

Fax: 0341 92659 201

E-Mail: info@hb-ecommerce.eu

Alternative Streitbeilegung:

Die Europäische Kommission stellt eine Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (OS-Plattform) bereit, aufrufbar unter <https://ec.europa.eu/odr>

2. Zuständige Aufsichtsbehörde/Kammer

Bezeichnung: Rechtsanwaltskammer Sachsen

Straße, Hausnummer: Glacisstraße 6

Postleitzahl: 01099

Stadt: Dresden

Telefon: 0351/318590

Telefax: 0351/3360899

3. Berufsrechtliche Regelungen

Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA), Fachanwaltsordnung (FAO), Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Gesetz über die Tätigkeit europäische Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG), Berufsregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Union (CCBE-Berufsregeln)

4. Link zu den berufsrechtlichen Regelungen

<http://www.brak.de/fuer-anwaelte/berufsrecht/>

5. Berufshaftpflichtversicherung

AXA Versicherung AG

Colonia-Allee 10-20

51067 Köln

Räumlicher Geltungsbereich der Berufshaftpflichtversicherung: Deutschland

6. Vertragssprache, Vertragstextspeicherung

6.1. Vertragssprache ist deutsch.

6.2. Der Vertragstext wird nicht bei der Anbieterin gespeichert und ist der Mandantschaft nach der Beauftragung nicht mehr zugänglich. Die Mandantschaft kann den Vertragstext vor Abgabe der Beauftragung über die Druckfunktion des Browsers ausdrucken oder elektronisch sichern. Die Beauftragungsdaten und die Allgemeinen Mandatsbedingungen werden der Mandantschaft unabhängig davon per E-Mail zugesandt.

6.3. Bei Angebotsanfragen, die schriftlich, telefonisch, per Telefax oder per E-Mail an die Anbieterin übermittelt werden, erhält die Mandantschaft alle Vertragsdaten im Rahmen eines verbindlichen Angebotes per E-Mail übersandt, welche sie ausdrucken oder elektronisch sichern kann.

7. Wesentliche Merkmale der Dienstleistungen

Die wesentlichen Merkmale der Dienstleistungen ergeben sich aus dem geschlossenen Mandatsvertrag.

8. Gebühren

Informationen zu den Gebühren der anwaltlichen Tätigkeit sind unter Ziffer 4.1. in den Allgemeinen Mandatsbedingungen des Anbieters (Teil I.) abrufbar.

9. Kündigungsbedingungen

Informationen zu den Bedingungen der Kündigung sind unter Ziffer 12 „Kündigung“ in den Allgemeinen Mandatsbedingungen des Anbieters (Teil I.) abrufbar.

10. Haftung

Die Haftung der Rechtsanwält:innen für Schäden aus oder im Zusammenhang mit dem Mandat richtet sich nach den Regelungen in Ziffer 13 in den Allgemeinen Mandatsbedingungen des Anbieters (Teil I.).

Teil III: Datenschutzerklärung

Soweit nachstehend keine anderen Angaben gemacht werden, ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten weder gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben, noch für einen Vertragsabschluss erforderlich. Sie sind zur Bereitstellung der Daten nicht verpflichtet. Eine Nichtbereitstellung hat keine Folgen. Dies gilt nur, soweit bei den nachfolgenden Verarbeitungsvorgängen keine anderweitige Angabe gemacht wird.

"Personenbezogene Daten" sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Verantwortlicher/Datenschutzbeauftragter

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch die:

HB E-Commerce Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Torgauer Str. 233
Arcus Park Haus B
04347 Leipzig
E-Mail: info@hb-ecommerce.eu
Tel.: +49 341 92 65 92 00
Fax: +49 341 92 65 92 01

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter datenschutz@hb-ecommerce.eu oder unter unseren Kontaktdaten.

Initiativ-Kontaktaufnahme des Kunden per E-Mail

Wenn Sie per E-Mail initiativ mit uns in Geschäftskontakt treten, erheben wir Ihre personenbezogenen Daten (Name, E-Mail-Adresse, Nachrichtentext) nur in dem von Ihnen zur Verfügung gestellten Umfang. Die Datenverarbeitung dient der Bearbeitung und Beantwortung Ihrer Kontaktanfrage.

Wenn die Kontaktaufnahme der Durchführung vorvertraglichen Maßnahmen (bspw. Beratung bei Kaufinteresse, Angebotserstellung) dient oder einen bereits zwischen Ihnen und uns geschlossenen Vertrag betrifft, erfolgt diese Datenverarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Erfolgt die Kontaktaufnahme aus anderen Gründen erfolgt diese Datenverarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO aus unserem überwiegenden berechtigten Interesse an der Bearbeitung und Beantwortung Ihrer Anfrage. ***In diesem Fall haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit dieser auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruhenden Verarbeitungen Sie betreffender personenbezogener Daten zu widersprechen.***

Ihre E-Mail-Adresse nutzen wir nur zur Bearbeitung Ihrer Anfrage. Ihre Daten werden anschließend unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen gelöscht, sofern Sie der weitergehenden Verarbeitung und Nutzung nicht zugestimmt haben.

Erhebung und Verarbeitung bei Nutzung des Kontaktformulars

Bei der Nutzung des Kontaktformulars erheben wir Ihre personenbezogenen Daten (Name, E-Mail-Adresse, Nachrichtentext) nur in dem von Ihnen zur Verfügung gestellten Umfang. Die Datenverarbeitung dient dem Zweck der Kontaktaufnahme.

Wenn die Kontaktaufnahme der Durchführung vorvertraglichen Maßnahmen (bspw. Beratung bei Kaufinteresse, Angebotserstellung) dient oder einen bereits zwischen Ihnen und uns geschlossenen Vertrag betrifft, erfolgt diese Datenverarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Erfolgt die Kontaktaufnahme aus anderen Gründen erfolgt diese Datenverarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO aus unserem überwiegenden berechtigten Interesse an der Bearbeitung und Beantwortung Ihrer Anfrage. ***In diesem Fall haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit***

dieser auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruhenden Verarbeitungen Sie betreffender personenbezogener Daten zu widersprechen.

Ihre E-Mail-Adresse nutzen wir nur zur Bearbeitung Ihrer Anfrage. Ihre Daten werden anschließend unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen gelöscht, sofern Sie der weitergehenden Verarbeitung und Nutzung nicht zugestimmt haben.

Verarbeitung von personenbezogenen Daten zum Zweck des Mandatsverhältnisses

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende personenbezogene Daten: Anrede, Vorname, Nachname, E-Mail-Adresse, Anschrift, Telefonnummer, Bankverbindung und Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind. Die Erhebung dieser Daten erfolgt, um Sie als unseren Mandanten identifizieren und Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können. Zudem dienen die Angaben zur Korrespondenz mit Ihnen, zur Rechnungsstellung, zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Bereitstellung der Daten ist für den Vertragsschluss erforderlich. Eine Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass kein Vertrag geschlossen werden kann. Die Datenverarbeitung ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die Erfüllung des Mandatsvertrages erforderlich.

Die von uns erhobenen Daten werden bis zum Ablauf der anwaltlichen Aufbewahrungspflicht (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, soweit wir nicht aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine längere Speicherung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zur Erfüllung des Mandats erforderlich ist, werden Ihre Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte.

Des Weiteren erfolgt die Weitergabe Ihrer Daten ggf. an die folgenden Empfänger: Postdienstleister, Buchhaltungsbüro sowie IT-Dienstleister. In allen Fällen beachten wir strikt die gesetzlichen Vorgaben. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den bestimmten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Der Umfang der Datenübermittlung beschränkt sich auf ein Mindestmaß.

Dauer der Speicherung

Nach vollständiger Vertragsabwicklung werden die Daten zunächst für die Dauer der Gewährleistungsfrist, danach unter Berücksichtigung gesetzlicher, insbesondere steuer- und handelsrechtlicher Aufbewahrungsfristen gespeichert und dann nach Fristablauf gelöscht, sofern Sie der weitergehenden Verarbeitung und Nutzung nicht zugestimmt haben.

Rechte der betroffenen Person

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art. 15 bis 20 DSGVO zu: Recht auf Auskunft, auf Berichtigung, auf Löschung, auf Einschränkung der Verarbeitung, auf Datenübertragbarkeit. Außerdem steht Ihnen nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitungen zu, die auf Art. 6 Abs. 1 f DSGVO beruhen, sowie gegen die Verarbeitung zum Zwecke von Direktwerbung.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Eine Beschwerde können Sie unter anderem bei der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde einlegen, die Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter
Devrientstraße 5
01067 Dresden
Tel.: +49 351 85471101
Fax: +49 351 85471109
E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

Widerspruchsrecht

Beruhend auf den hier aufgeführten personenbezogenen Datenverarbeitungen auf Grundlage unseres berechtigten Interesses nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, haben Sie das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit diesen Verarbeitungen mit Wirkung für die Zukunft zu widersprechen.

Nach erfolgtem Widerspruch wird die Verarbeitung der betroffenen Daten beendet, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.